CuS-Gespräch mit Christoph Butterwegge : die sozialen Weichen werden falsch gestellt

Autor(en): **Butterwegge, Christoph / Angstmann-Koch, Renate**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **99 (2005)**

Heft 5

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-144514

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die sozialen Weichen werden falsch gestellt

«Für mich ist es eine perverse Logik, den Sozialstaat zu beschneiden mit der Begründung, ihn dadurch retten zu wollen.» Der Politologe Christoph Butterwegge plädiert für den Sozialstaat als Garant für Wachstum und Demokratie. Selbst SPD-Mitglied, wendet er sich scharf gegen die derzeitige Politik der Bundesregierung. Butterwegge leitet die Abteilung für Politikwissenschaft an der Universität Köln. Er forscht über Themen wie Globalisierung, Wohlfahrtsstaat, Kinderarmut oder Generationengerechtigkeit. Renate Angstmann-Koch hat mit ihm über die aktuelle Weichenstellung in der Gesellschaftspolitik gesprochen. Wir veröffentlichen das Interview mit der freundlichen Erlaubnis des Schwäbischen Tagblattes. Red.

Rentenkürzung ist kein Beitrag zur Generationengerechtigkeit

Renate Angstmann-Koch: *Die Bundesregierung will den Rentnerinnen und Rentnern eine Nullrunde zumuten. Ist das nötig?*

Christoph Butterwegge: Ich würde eher den *Versicherungsbeitrag erhöhen.* Dann würde zumindest die Last gleichmäßig verteilt auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die Renten zu kürzen bedeutet, bei denjenigen Einschnitte vorzunehmen, die es sich am wenigsten leisten können. Das gilt insbesondere für die immer noch vielen hunderttausend Frauen, die mit Minirenten von 450, 500 Euro kaum über die Runden kommen. Bei denen zu kürzen, halte ich für zutiefst unsozial.

RA-K: *Die meisten Rentnerinnen und Rentner sind aber gut versorgt. Die heutigen Armen finden sich eher unter den Jüngeren.*

CB: Die Rentenkürzung ist aber kein Beitrag zur Generationengerechtigkeit. Denn es trifft auch die späteren Rentnergenerationen, wenn man die Renten nicht erhöht. Der beste Beitrag zur Generationengerechtigkeit bestünde darin, einen *funktionstüchtigen Sozialstaat* zu hinterlassen und nicht einen, der gerupft ist, der magersüchtig ist, der verschlankt ist, so dass im Grunde die sozial Benachteiligten die Zeche zahlen.

RA-K: *Aber die Zahl der Beitragszahlenden in die Rentenversicherung wird zurückgehen, gleichzeitig werden die Menschen immer älter.*

CB: Mit dem Argument des demografischen Wandels und der Generationengerechtigkeit wird sehr viel Schindluder getrieben. Keine Rente muss aus diesem Grund gekürzt werden. Die Renten werden immer aus der *laufenden Wertschöpfung* bezahlt, hängen also davon ab, wie reich eine Gesellschaft ist. Die Gesellschaft der Bundesrepublik war noch nie so reich wie heute. Aber der Reichtum ist sehr ungleich verteilt. Die

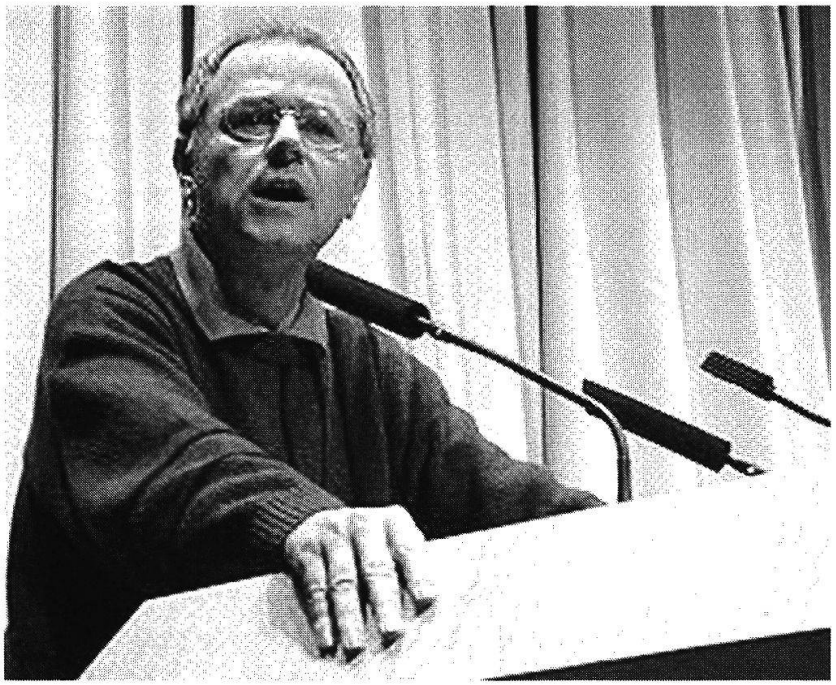
soziale Scheidelinie verläuft nach wie vor zwischen Arm und Reich und nicht zwischen Alt und Jung.

RA-K: *Es gibt aber immer mehr arme Familien und Kinder.*
CB: Es ist schon so, dass sehr viele Familien und besonders Kinder von Armut betroffen sind. Auf der anderen Seite gab es noch nie so viele reiche Kinder wie heute. Das Schlagwort der Generationengerechtigkeit lenkt davon ab, dass innerhalb jeder Generation die Kluft zwischen Arm und Reich größer wird. Es müsste die *Armut in jeder Generation* bekämpft werden, und es darf nicht eine Generation gegen die andere ausgespielt werden, wie das gegenwärtig passiert.

Die Weichen werden falsch gestellt

RA-K: *Zukunftsfähigkeit setzt Wachstum und Beschäftigung voraus. Gerade dazu soll ja die Begrenzung der Lohnnebenkosten dienen.*
CB: Ja, so argumentiert die Bundesregierung. Es ist regelrecht ein *Dogma, die Lohnnebenkosten zu senken.* Das wird damit begründet, dass durch die steigenden Lohnnebenkosten die Arbeitslosigkeit steige. Da wird *Ursache und Wirkung verwechselt.* Die Lohnnebenkosten sind so hoch, weil die Arbeitslosigkeit so hoch ist, nicht umgekehrt. Sonst müssten in Bangladesh oder in Burkina Faso Vollbeschäftigung und Luxus herrschen. Man sieht aber, dass gerade umgekehrt sehr weit entwickelte Wohlfahrtsstaaten auch ein hohes Wirtschaftswachstum und Wirtschaftspotenzial haben. Nicht umsonst ist die Bundesrepublik Deutschland mit einem relativ entwickelten Sozialstaat *Exportweltmeister.* Die Lohnnebenkosten werden zu einem Mythos erhoben, wenn der Eindruck erweckt wird, sie zu senken sei das A und O jeder Wirtschafts- und Sozialpolitik.

RA-K: *Sie erwarten also von den Reformen – Hartz, Gesundheit, Rente – keinen Aufschwung am Arbeitsmarkt.*
CB: Nein, ich befürchte sogar das Gegenteil. *Leistungskürzungen* bewirken, dass gerade diejenigen, die über nicht viel *Kaufkraft* verfügen und den größten Anteil ihres Einkommens direkt in Konsum umsetzen, im nächsten Jahr eher noch weniger Geld in der Tasche haben. Von der vorgezogenen *Steuerreform* profitiert dagegen vor allem, wer über ein *sehr hohes Einkommen* verfügt. Der Spitzensteuersatz sinkt am meisten. Doch diejenigen, die über sehr viel Geld verfügen, kaufen sich Aktien, sie kaufen sich Wertpapiere und legen das Geld eher an, als es für den täglichen Bedarf auszugeben.



Christoph Butterwegge: «Die Rentenhöhe ist keine Frage der Biologie, sondern der Politik».

RA-K: *Welche Alternative hätte die Regierung?*
CB: Im Grunde müsste die Massenkaufkraft gestärkt werden. Aber all diese Reformen führen eher dazu, dass weniger Geld in Umlauf kommt. Ich fürchte sogar, es handelt sich um eine *gesellschaftspolitische Richtungsentscheidung.* Wir müssen uns fragen, soll das eine Hochleistungs- und Konkurrenzgesellschaft sein mit einem weniger entwickelten Sozialstaat, wo eher *soziale Kälte* um sich greift, oder wollen wir in einer Gesellschaft leben, die versucht, die Massenarbeitslosigkeit zu bekämp-

fen und nicht die Arbeitslosen. Diese Reformen sind erst der Beginn einer Entwicklung, aber die Weichen werden mit ihnen falsch gestellt.

Demografie als Mittel der Demagogie

RA-K: *Wie lässt sich bei den demografischen Veränderungen ein Sozialstaat überhaupt organisieren?*

CB: Die Veränderung der Altersstruktur der Gesellschaft wird häufig dramatisiert. Mir scheint, dass dahinter manchmal auch bestimmte ökonomische und politische Interessen stehen, dass die Demografie als Mittel der sozialpolitischen Demagogie benutzt wird. Wenn die Bevölkerung der Bundesrepublik älter wird, entsteht daraus nicht der Zwang, entweder die Renten zu kürzen oder die Beiträge zu erhöhen. Die dritte Möglichkeit wäre, die Wohlhabenden und Reichen in der Gesellschaft zur Verantwortung zu ziehen, etwa über eine *höhere Erbschaftssteuer,* über eine *Vermögenssteuer* – die ja abgeschafft worden ist in der Bundesrepublik im Unterschied zu den meisten anderen Staaten der Welt, auch den USA.

Wenn die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik von jetzt 82 Millionen Menschen auf 75 Millionen im Jahr 2035 oder noch weiter sinkt und gleichzeitig das Wirtschaftswachstum, wie es auch die Rürup-Kommission prognostiziert, bis 2035 jährlich bei 1,7 Prozent liegt, wird der Reichtum der Gesellschaft größer. Wenn der *wachsende Reichtum* auf *weniger Menschen* verteilt werden muss, ist überhaupt kein Zwang da, Sozialleistungen zu kürzen.

Die Rentenhöhe ist keine Frage der Biologie, sondern eine *Frage der Politik.* Ich sehe nicht ein, warum die Altersvorsorge der Gesellschaft an denen vorbei geht, die als Beamte, als Freiberufler, als Selbstständige, vielleicht sogar als Multimillionäre überhaupt nicht in die Finanzierung sozialer Sicherung einbezogen sind.

RA-K: *Sie plädieren also für eine Bürgerversicherung?*

CB: Sie wäre die Möglichkeit, alle Bürgerinnen und Bürger an den Kosten für soziale Sicherung zu beteiligen. Es stünde der Gesellschaft der Bundesrepublik gut an, ein bisschen mehr Solidarität zu zeigen. In der *Schweiz* ist es durchaus möglich, dass Millionäre mit in die Rentenversicherung einzahlen und dann am Ende ihres Lebens nur eine gedeckelte Rente von 2010 Franken beziehen. Bei uns geht der Trend allerdings dahin, Reiche sowohl aus der Solidarität der Sozialversicherung zu entlassen als auch sie durch immer weiter sinkende Spitzensteuersätze zu entlasten.

RA-K: *Fühlen Sie sich mit Ihren Positionen auf verlorenem Posten?*

CB: Es gibt zur Zeit ja so eine Art *große Koalition* in Berlin, die dann auch noch häufig FDP-Politik macht. Und der *Mainstream* in Wissenschaft und öffentlicher, besonders in veröffentlichter Meinung geht in eine Richtung, die mit meinen Vorstellungen nicht übereinstimmt. Aber es gibt auch viele, die die Entwicklung dieser Gesellschaft immer kritischer sehen: in den Gewerkschaften, in den Kirchen, in den Wohlfahrtsverbänden, bei Arbeitsloseninitiativen, bei Globalisierungskritikern wie dem Netzwerk Attac. Dass sich die Kritiker durchsetzen werden – da bin ich allerdings eher skeptisch. •